

Inflation und Warenkorb

Sachstand zur Inflationsentwicklung

Die seit längerem ständig steigenden Energie- und Lebensmittelpreise haben die Kauflust der Verbraucher nachhaltig geschwächt. Wie die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Ende Juni 2008 feststellte, ist der Konsumklima-Index auf den niedrigsten Wert seit drei Jahren gesunken. Die hohe Inflationsrate von über 3 Prozent und die Ankündigungen weiterer Preiserhöhungen trüben das Konsumklima in Deutschland ein. Die hohe Teuerungsrate trifft aber nicht nur die Verbraucher. Durch die rasant gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise haben sich auch die Kosten für die industrielle Produktion maßgeblich verteuert. Dies zeigt sich in den rasant gestiegenen Erzeugerpreisen im Euroraum. Verglichen mit dem Vorjahr erhöhten sich die Erzeugerpreise aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise um 7,1 Prozent. Dies ist die höchste Rate seit der Einführung des Euro im Jahr 1999.

Im Euro-Raum stieg die Inflation im Juni laut Eurostat auf 4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. In Deutschland hat die Inflation Anfang Juli den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Preistreiber waren vor allem Heizöl, Diesel und Benzin sowie Lebensmittel. Im Juni stiegen die Verbraucherpreise laut Statistischem Bundesamt um 3,3 Prozent. Die Kerninflation, also die Inflation ohne Entwicklung der Energiekosten und der Lebensmittelpreise, welche den Lohnanteil an der Inflation beinhaltet, bleibt mit 1,7 Prozent unter dem Inflationsziel der EZB (Zielinflation: knapp unter 2 Prozent). Insofern geht von der Lohnseite kein Inflationsdruck aus und somit besteht keine Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale.

Erste Forderungen nach einer moderaten Tarifpolitik zur Bekämpfung der Lohn-Preis-Spirale sind unbegründet und gefährden den privaten Konsum bzw. die Kauflust der Verbraucher.

Auch in diesem Jahr haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher Reallohnverluste hinnehmen müssen.



Der Verdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers im Produzierenden Gewerbe stieg laut Statistischem Bundesamt im ersten Quartal dieses Jahres um 2,8 Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2007. Der Verbraucherpreisindex stieg im selben Zeitraum um 2,9 Prozent. Durch den schnelleren Anstieg der Preise für Energie, Lebensmittel und andere Waren hatten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erneut Reallohnverluste hinzunehmen. Die erzielten Einkommenssteigerungen durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik wurden durch die Teuerung aufgezehrt.

Gewerkschaftliche Verbraucherpolitik kann den Preisauftrieb nicht verhindern. Sie kann dennoch die Ursachen der Inflation beschreiben, sie kann informieren und aufklären, sowie branchenspezifisch fehlenden Wettbewerb, der zu Preissenkungen führen könnte, anprangern.

Inflation im Euroraum (Juni 2008; Veränderung gegenüber dem Vorjahr):

Deutschland	3,3%
Frankreich	3,3%
Italien	3,8%
Spanien	5,1%
Portugal	2,8%
Luxemburg	4,0%
Belgien	5,8%
Niederlande	2,1%
Slowenien	7,0%
Malta	3,6%
Finnland	4,2%
Irland	3,5%
Österreich	3,8%
Zypern	4,6%
Griechenland	4,9%

Quelle: Nationale Statistikämter. Aus „Handelsblatt“ vom 02.07.2008

Deutschland hat, verglichen mit den anderen Euro-Raum-Ländern, eine unterdurchschnittliche Preisentwicklung durchlaufen. Dennoch liegt die Inflationsrate mit 3,3 Prozent weit über dem von der EZB geforderten Preisstabilitätsziel.

Die Verbraucher sind vor allem bei den Gütern des täglichen Bedarfs, also bei Lebensmitteln und Kraftstoffen besonders belastet. Heizöl verteuerte sich im Jahresvergleich zwischen Sommer 2007 und Sommer 2008 zwischen 57 und knapp 70 Prozent. Benzin und Diesel legten im selben Zeitraum zwischen 14,3 und 16 Prozent zu. Dass bei solchen Preissteigerungen eine Inflationsrate mit etwas über 3 Prozent geradezu moderat anmutend wirkt, liegt an der Zusammensetzung des Warenkorb, in dem sich auch viele langlebige Güter befinden, deren Preisanstieg sehr moderat ausgefallen ist.

Was ist der Verbraucherpreisindex?

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Zur Ermittlung des Index werden verschiedene Konsumgüter im so genannten Warenkorb zusammengefasst. Dazu zählen Lebensmittel, Kraftstoffe, aber auch langlebige Güter wie Waschmaschinen oder Computer. Die Indexveränderung von einem Zeitpunkt zum anderen - berechnet als Veränderung in Prozent

- wird als allgemeine Preisveränderungsrate aus Verbrauchersicht wahrgenommen. Der Verbraucherpreisindex ist der zentrale Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung in Deutschland.

Das Statistische Bundesamt für europäische Zwecke ermittelt zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) und dem Preisindex für den Einzelhandel seit 1997 auch einen Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die Berechnung eines HVPI ist erforderlich, weil sich die nationalen Verbraucherpreisindizes auf Grund historischer Besonderheiten, unterschiedlicher gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und abweichender Struktur der statistischen Systeme unterscheiden. Der HVPI wird zur Inflationsmessung in internationalen und innereuropäischen Vergleichen herangezogen. Er spiegelt die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten also nationale VPIs wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. Es liegt also kein EU-weit einheitlicher Warenkorb zugrunde. Der HVPI dient u. a. zur Messung des Konvergenzkriteriums Preisstabilität, um beurteilen zu können, ob ein Mitgliedsstaat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beitreten kann. Er ist auch maßgeblich für die Geldpolitik der EZB. Die durchschnittliche Inflation in der Eurozone ist daher der Durchschnittswert aller nationalen HVPIs der Mitgliedsländer der Eurozone.

Wie setzt sich der Warenkorb zusammen?

Bei der Berechnung des Index geht man von einem bestimmten Warenkorb aus, der auch nationalen Konsumbesonderheiten Rechnung trägt. So werden Waren und Dienstleistungen ermittelt, die für die Konsumwelt in Deutschland relevant sind. Der Warenkorb wird laufend aktualisiert. Kaufhäufigkeit der Konsumenten spielt dabei eine bedeutende Rolle. 2003 wurde beispielsweise der Preisindex auf einen neuen Warenkorb umgestellt. Im neuen Warenkorb wurden u. a. Disketten durch CD-Rohlinge ausgetauscht. Darüber hinaus wurde die Gewichtung neu bestimmt.

„Der Warenkorb für die Preisindizes in der Bundesrepublik Deutschland umfasst zurzeit etwa 700 Waren und Dienstleistungen. Diese Güterauswahl muss von Zeit zu Zeit daraufhin überprüft werden, ob sie noch den aktuellen Verbrauchsgewohnheiten entspricht. Es ist dabei nicht nötig, jede kurzfristige Konsumveränderung exakt abzubilden. Längerfristige Veränderungen im Verbrauchsverhalten müssen aber berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden ständig neue Produkte angeboten, alte verschwinden vom Markt. Dies vollzieht sich aber nicht schlagartig, sondern über längere Zeiträume hinweg.“ (Statistisches Bundesamt, 2008. www.destatis.de. Internetzugriff vom 03.07.2008).

Gefühlte und statistisch ermittelte Inflation

Gefühlte und echte Inflation liegen weit auseinander. Die Verbraucher nehmen die Preissteigerungen höher wahr, als die durchschnittlich errechnete Inflationsrate anhand des Warenkorbs. Diese Diskrepanz zwischen echter und gefühlter Inflation wird für die Binnenkonjunktur zum Problem, da die Kauflust der Verbraucher nachhaltig beeinträchtigt wird. In der Phase eines sich andeutenden Endes des Aufschwungs müsste der private Konsum die Rolle der Konjunkturlokomotive übernehmen. Dies wird aufgrund einer zurückhaltenden Verbraucherstimmung zunehmend schwierig. Die von den Verbrauchern wahrgenommene Inflation ist besonders aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise (plus 7,9 Prozent) deutlich höher als die errechnete Inflation des Statistischen Bundesamtes.

Viele Verbraucher bringen die gestiegene Inflation mit der Einführung des Euro in Verbindung. Die gefühlte Inflation ist auch deshalb so hoch, da die Verbraucher die heutigen Produkte mit den Ursprungspreisen vor der Einführung der Gemeinschaftswährung vergleichen. Dabei wird gerne übersehen, dass es auch ohne die Einführung des Euro Preissteigerungen gegeben hätte.

Einer der wichtigsten Gründe für die Diskrepanz zwischen gefühlter und errechneter Inflation ist die Häufigkeit, mit der die verschiedenen Waren und Dienstleistungen gekauft werden, die in die Berechnung des Index einfließen, die Entwicklung ihres Preises und die Bedeutung, die die Verbraucher ihnen beimessen.

Von den derzeit steigenden Preisen sind besonders die Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen, da die Güter des täglichen Bedarfs besonders unter den derzeitigen Preisauftrieb fallen. Einen Überblick über die Unterschiede in den Verbrauchsprofilen je nach Einkommensniveau, liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine der wichtigsten amtlichen Statistiken. Sie gibt seit ihrer ersten bundesweit durchgeführten Erhebung im Jahr 1963 Auskunft über die finanzielle und verbraucherpolitische Situation der privaten Haushalte.

Die alle fünf Jahre durchgeführte EVS liefert Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einkommens-, Vermögens- und Schulden situation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte. Die EVS bildet ein repräsentatives Bild der Lebenssituation der Gesamtbevölkerung in Deutschland ab.

Dieses Jahr wird die EVS durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wieder durchgeführt. Anhand der letzten Erhebung aus dem Jahr 2003 wurden die Regelsätze für Hartz IV berechnet.

Die Ergebnisse der EVS aus dem Jahr 2003 beschreiben die ungleiche finanzielle Belastung, unterschiedlich nach Haushaltstypen, bei den Gütern des täglichen Gebrauchs, bei der Miete und bei den Kosten für Energie und Transport.

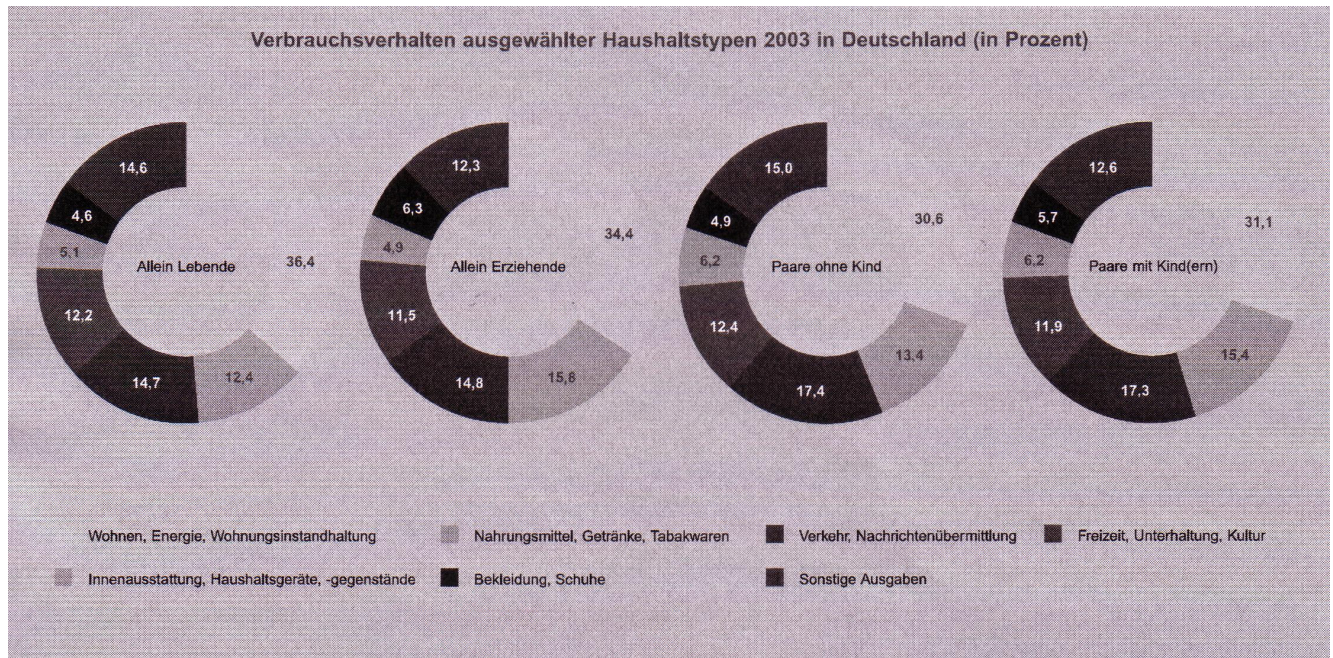
2003 war rund ein Drittel (697 €) der durchschnittlichen gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte durch Aufwendungen für Miete, Haushaltsenergie (ohne Kraftstoffe) und Wohnungsinstandhaltung gebunden.

An zweiter Stelle rangierten die Ausgaben für Verkehr und Kommunikation, gefolgt von den Ausgaben für Nahrungsmittel und den Aufwendungen für die Freizeitgestaltung.

Bei der Analyse der Unterschiede nach Haushaltszusammensetzung und ökonomischer Potenz, zeigen sich in der Ausgabenstruktur deutliche Unterschiede:

In den Haushalten, die im Durchschnitt geringere Einkommen erzielten - allein Lebende und allein Erziehende - war der Anteil der Ausgaben für die „Grundbedürfnisse“ Wohnen und Ernährung am höchsten.

Abbildung: Verbrauchsverhalten verschiedener Haushaltstypen



Quelle: EVS 2008; Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: „Wo bleibt mein Geld?“ Statistische Ämter des Bundes und der Länder. www.evs2008.de; Internetzugriff vom 24.06.2008.

Allein Erziehende beispielsweise wendeten im Jahr 2003 rund die Hälfte (50,2%) ihres zur Verfügung stehenden Einkommens für Wohnen (34,4%) und Ernährung (15,8%) auf. Paare ohne Kinder im Gegenzug wendeten nur 44% ihres zur Verfügung stehenden Einkommens für Wohnen und Ernährung auf.

Es ist davon auszugehen, dass die seit 2003 stark gestiegenen Preise für Heizöl und Gas, und auch die seit kurzem stark steigenden Lebensmittelpreise besonders die Haushalte in finanzielle Engpässe stürzen, die ihren Lebensunterhalt mit geringem Haushaltseinkommen bestreiten müssen. Dies sind u. a. besonders Allein Erziehende und Rentner.

DGB Forderungen

Die gegenwärtige Inflationsentwicklung hat vor allem externe Ursachen und resultiert aus der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen, Energie und Lebensmitteln aus den Schwellenländern. Dennoch gibt es einige Handlungsansätze, um die Situation der Verbraucher in Deutschland und in der EU zu verbessern:

- **Entkopplung des Gaspreises vom Ölpreis.** Die Preisbindung des Erdgases an den Ölpreis ist nicht mehr zeitgemäß und muss beendet werden. Allerdings werden die Erdgas produzierenden Länder mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum von diesem Preisanpassungsmechanismus in Zeiten hoher Erdölpreise abzubringen sein.
- **Spekulationen an den Energie- und Lebensmittelmärkten beenden, denn sie treiben die Energiepreise zusätzlich nach oben. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf. Eine Spekulationssteuer kann nur der Anfang sein. Es besteht grundsätzlich die Frage, ob Spekulationen mit Lebensmitteln erlaubt sein sollten.**

- **Transparenz auf den Rohstoffmärkten fördern bzw. erhöhen. Mehr Transparenz schafft Vertrauen auf Seiten der Anbieter und der Verbraucher.**
- **Die Pendlerpauschale muss wieder in vollem Umfang hergestellt werden.** Der DGB fordert die volle Wiedereinführung der alten Regelung bei der Pendlerpauschale.
- **Kräftige Bruttolohnerhöhungen zur Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Verbraucher, vor allem bei den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen.**
- **Die EZB sollte von weiteren Zinserhöhungen absehen, da sie als Inflationsbremse ungeeignet sind. Der derzeitige Preisauftrieb hat vor allem externe Ursachen.** Eine Zinserhöhung wird hingegen die Schuldenlast der kleinen privaten Haushalte erhöhen, die Kapitalkosten für kleine Investitionen verteuern und letztlich die Sparquote der Bezieher höherer Einkommen erhöhen. Folgen mehrere Zinsanhebungen in Folge, besteht die Gefahr des Verlustes von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen.
- **Die Verbraucherpreise steigen selbst bei Produkten, wo die Herstellungs- und Einfuhrpreise gesunken sind. Diese Art der Gewinnmaximierung zu Lasten der Endverbraucher muss beendet werden.**
- **Die Abhängigkeit von endlichen Rohstoffen muss beendet werden. Hier muss Deutschland eine ganzheitliche Strategie zum Umbau der Industriegesellschaft verfolgen. Die „Nach-Erdöl-Ära“ hat schon längst begonnen. Wir brauchen eine gezielte Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, welche den Wohlstand der Bevölkerung auch in einer Zukunft ohne fossile Energieträger sichert. Dazu gehören die intelligente Nutzung von erneuerbaren Energien, eine auf die Förderung von Umwelttechnologien ausgerichtete Industriepolitik und ein Umdenken in Fragen von Logistik und Transport etc.**

All diese Maßnahmen würde die Situation der Verbraucher verbessern.

Ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft würde zusätzlich das Klima schonen und die Verbraucher und Unternehmen bei den Energiekosten entlasten.

Darüber hinaus bleibt der DGB bei seiner Forderung nach dem Ausstieg aus der Kernenergie.